CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen

Antrag
- öffentlich -

Beratungsfolge:	**Drucksachen-Nr.: 2019/138/1**	
Ausschuss für Gesellschaft, Soziales, Kultur und Sport	am 18.06.2019	TOP:
Verwaltungsausschuss	am 20.06.2019	TOP:
Rat der Stadt Laatzen	am 27.06.2019	TOP:

Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen
- Änderungsantrag der CDU-FDP-Gruppe im Rat

CDU-FDP-Gruppe im Rat der Stadt Laatzen – Hauptstraße 23 a – 30880 Laatzen

Herrn Bürgermeister
Jürgen Köhne
Rathaus
Marktplatz 13
30880 Laatzen

Christoph Dreyer
Gerhard Klaus
Vorsitzende

Laatzen, 16.06.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Gruppe CDU-FDP im Rat der Stadt Laatzen bittet Sie, den nachstehenden Änderungsantrag am 18.06.2019 im Ausschuss für Gesellschaft, Kultur, Soziales und Sport behandeln zu lassen. Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf Drs. 2019/138 (TOP 7 der Sitzung).

Antrag auf Ergänzung der Aufzählung zu § 3 der Satzung über die Unterbringung von Obdachlosen, Flüchtlingen, Asylbewerberinnen oder Asylbewerbern in der Stadt Laatzen.

Antrag:

1. In § 3 bitten wir einen neuen Punkt 10 einzufügen:

   „Einverständniserklärung zur Datenweitergabe an das Jobcenter - Anlage“.

2. Die nachstehende Anlage möge Bestandteil der Drucksache werden.

Einverständnis des Nutzers / der Nutzerin gem. § 3 Nr. 10 der oben bezeichneten Satzung bei Zahlungsverzug der Nutzungsgebühr gem. § 2 der oben genannten Satzung gegenüber der Stadt Laatzen als Vermieter wird diese ermächtigt, wegen Mietrückständen sich an das zuständige Jobcenter in der Region Hannover zwecks frühzeitiger Unterstützungsleistungen des Jobcenters und Antragstellung des Nutzers / der Nutzerin zu wenden.

Begründung:

Diese Ergänzung bezweckt, eine Mietübernahme durch das Jobcenter der Region Hannover zu veranlassen, um den Eintritt der Obdachlosigkeit und Existenzgefahren zu verhindern. Oftmals ist dem Nutzer / der Nutzerin unklar, mit welcher Behörde er oder sie, sich wegen der Übernahme von entsprechenden Unterstützungsleistungen in Verbindung setzten muss. Dies soll durch eine frühzeitige Weiterleitung der Mitteilung des Zahlungsvollzuges an das Jobcenter Region Hannover möglichst vermieden werden.

Durch die Sicherstellung der frühzeitigen Kontaktaufnahme zwischen dem Jobcenter Region Hannover und Antragstellung durch evtl. hilfebedürftig gewordene Nutzende, erklärt sich der Nutzer / die Nutzerin ausdrücklich einverstanden, dass die Stadt Laatzen die Unterlagen unmittelbar nach Ausspruch des Zahlungsvollzuges an das Jobcenter weiterleiten darf.

Anlage

- ❍ Ich stimme den Bedingungen und Bestimmungen dieser Vereinbarung zu und gestatte der Stadt Laatzen die Weitergabe meiner Daten im Fall des Zahlungsvollzuges an das Jobcenter Region Hannover.

- ❍ Ich widerspreche einer Weitergabe meiner Daten an das Jobcenter Region Hannover.

Für die Fraktion der CDU	Für die Fraktion der FDP
Olaf Lichy stellv. Fraktionsvorsitzender	Gerd Klaus Fraktionsvorsitzender